Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1513

30. 05. 95

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus (21. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 12/7895, 12/8467 Nr. 1.36 –

Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus

A. Problem

Der von der Bundesregierung vorgelegte Tourismusbericht beinhaltet nach Auffassung des Ausschusses vor allem einen Rückblick sowie die Beschreibung des Ist-Zustands im Tourismussektor und weniger die Darstellung der in die Zukunft gerichteten Ziele und Maßnahmen der Tourismuspolitik.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird mit einem Zielkatalog in 16 Punkten aufgefordert, die künftigen Rahmenbedingungen für den Tourismus weiter zu verbessern und in dem im Herbst 1997 vorzulegenden nächsten Tourismusbericht die zur Erfüllung dieser Punkte getroffenen Maßnahmen zu erläutern.

Einmütigkeit im Ausschuß bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS.

C. Alternativen

Aufforderung an die Bundesregierung,

dem Deutschen Bundestag künftig alle zwei Jahre über die Entwicklung des Tourismus zu berichten und dabei insbesondere

- die Förderung des Tourismus innerhalb von Deutschland,
- die Förderung umweltschonender Reisemöglichkeiten,
- die Berufschancen im Tourismus

darzustellen.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im deutschen Fremdenverkehr auf mehr unternehmerisches Denken und Handeln hinzuwirken und geeignete Möglichkeiten zur Privatisierung zu unterstützen;
2. kleine und mittlere Betriebe der Tourismuswirtschaft durch weitere Beratung und Anpassungshilfen zu stärken sowie dem Konzentrationsprozeß in der Tourismusbranche entgegenzuwirken;
3. gesonderte Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme der Arbeitsämter für die Fremdenverkehrsbranche weiter zu verbessern;
4. den Aufbau der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern, insbesondere den Aufbau einer modernen Infrastruktur, weiter zu fördern;
5. Existenzgründungen und Risikokapital besser abzusichern sowie Eigentumsfragen zügig zu lösen helfen;
6. zur Verbesserung der Absatzmöglichkeiten im deutschen Fremdenverkehr den Aufbau eines modernen Vertriebssystems und eines zentralen Buchungssystems zu unterstützen und einer Monopolisierung entgegenzuwirken;
7. auf eine Erhöhung der privaten Finanzierungsanteile bei der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), Frankfurt, hinzuwirken, um die Auslandswerbung für das Reise- und Urlaubsland Deutschland weiter zu verbessern;
8. Wettbewerbe und Modellprojekte für einen umweltverträglichen Tourismus zu fördern und auch die Entwicklung von Gütesiegeln für umweltfreundliche touristische Angebote zu unterstützen sowie in der internationalen Zusammenarbeit auf die Entwicklung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus hinzuwirken;
9. Initiativen wie die Gemeinschaft autofreier Kurorte in Bayern, die Zusammenarbeit von Deutscher Bahn AG und den Städten Sonthofen/Hindelang oder die im Tourismusbericht genannten Maßnahmen im Kreis Miesbach, auf Usedom oder in der vorpommerschen Boddenlandschaft zu unterstützen und auszuweiten;
10. auf eine Reduzierung der negativen Umweltauswirkungen des rasch wachsenden Flugverkehrs hinzuwirken durch
    - den Abbau der Steuervorteile des Luftverkehrs im Rahmen einer einheitlichen europäischen, möglichst aber weltweiten Regelung,
    - Forschungs- und Entwicklungsförderung im Bereich neuer verbrauchs- und emissionsarmer Triebswerks- und Flugzeugtechnologien,

- den Ausbau des schienengebundenen europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes, um insbesondere auf eine Verminderung bzw. Substitution von Kurzstreckenflügen hinzuwirken;

11. aufgrund der günstigen Umweltbilanz auf eine Harmonisierung bei der Besteuerung von Busreisen in Europa hinzuwirken;
12. auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken für eine
    - Verbesserung beim Fahrradtransport,
    - Verbesserung beim – auch grenzüberschreitenden – Kurierdienst (Gepäcktransport),
    - Verbesserung bei der barrierefreien Gestaltung von Bahnhöfen und Waggons,
    - Verbesserung bei der Verkehrsanbindung touristischer Regionen,
    - Verbesserung bei der Fahrpreisgestaltung, insbesondere bei der Übersichtlichkeit und Verläßlichkeit des Tarifsystems;
13. in der Tourismuspolitik der Europäischen Union konsequent auf die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips hinzuwirken und eine Zuständigkeit der EU für den Tourismus nicht zu unterstützen;
14. im Ferntourismus Prostitution und Kinderprostitution zu bekämpfen;
15. den Aufbau der Tourismuswirtschaft in osteuropäischen Nachbarländern weiter zu unterstützen;
16. den nächsten „Bericht über die Entwicklung des Tourismus" im Herbst 1997 vorzulegen und dort die getroffenen Maßnahmen zur Erfüllung dieser Forderungen zu erläutern.

Bonn, den 29. Mai 1995

Der Ausschuß für Fremendenverkehr und Tourismus

Halo Saibold	**Klaus Brähmig**	**Susanne Kastner**
Vorsitzende	Berichterstatter	Berichterstatterin
	Halo Saibold	**Dr. Olaf Feldmann**
	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Brähmig, Susanne Kastner, Halo Saibold und Dr. Olaf Feldmann

I.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung in Drucksache 12/7895 wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 1995 dem Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus federführend und dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuß für Gesundheit, dem Ausschuß für Verkehr, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Unterrichtung in seiner 4. Sitzung am 15. Februar 1995 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Vorlage in seiner 7. Sitzung am 15. Februar 1995 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus in seiner 9. Sitzung am 27. April 1995 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlage in seiner 7. Sitzung am 15. März 1995 einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 15. März 1995 die Unterrichtung durch die Bundesregierung mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner 6. Sitzung am 8. März 1995 einstimmig beschlossen, dem federführenden Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus vorzuschlagen, dem Deutschen Bundestag Kenntnisnahme der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 10. Sitzung am 10. Mai 1995 von der Vorlage in Drucksache 12/7895 Kenntnis genommen.

II.

Der federführende Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus in seiner 7. Sitzung am 27. April 1995 und abschließend in seiner 9. Sitzung am 17. Mai 1995 beraten.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU verwiesen auf die steigende Bedeutung des Fremdenverkehrs im Hinblick auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Steuern und Investitionen. In diesem Zusammenhang seien die neuen Entwicklungen im Bereich der Telekommunikation und bei elektronischen Informations- und Reservierungssystemen auch für die Frage wichtig, welchen Platz die Bundesrepublik Deutschland künftig im internationalen Tourismus einnehmen werde.

Die Bundesregierung solle den Tourismusbericht künftig in regelmäßigen Abständen vorlegen und noch enger mit den Ländern koordinieren, um abgestimmte Vorgaben vorlegen zu können.

Sie zeigten Verständnis dafür, daß der unter großem Zeitdruck erstellte umfassende Bericht in erster Linie einen Rückblick und vor allem die Beschreibung des Ist-Zustandes beinhalte, während die Darlegung von Zukunftsaspekten noch breiteren Raum hätte einnehmen können, wenngleich auch jeder Abschnitt Äußerungen zur zukünftigen Politik enthalte.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU wiesen darauf hin, daß der Tourismusbericht den bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Kur- und Bäderwesens in Deutschland etwas verkürzt darstelle. 1993 hätten in den Kur- und Bäderorten der alten Bundesländer 110,5 Mio. Übernachtungen stattgefunden; insgesamt seien in der Bundesrepublik Deutschland 259 Mio. Übernachtungen zu verzeichnen gewesen. Somit entfalle ein Anteil von knapp 45 % der Übernachtungen auf die rund 80 Kur- und Bäderorte in Deutschland. Aus dem Incoming-Bereich ergäben sich rund 34,8 Mio. Übernachtungen.

Wenn den Kur- und Bäderorten eine geringe Unterstützung für ihre Außendarstellung gewährt werde, könnten diese Übernachtungszahlen stabilisiert und gegebenenfalls noch weiter gesteigert werden.

Ebenso komme im Tourismusbericht die Darstellung des Tagestourismus zu kurz. Allein 1993 seien 2,1 Mrd. Tagesausflüge in Deutschland zu verzeichnen gewesen, die Probleme im Verkehrssektor und für die Ausflugsregionen ausgelöst hätten.

Der nächste Tourismusbericht solle stärker in die Zukunft gerichtet sein und eine ganzheitliche Betrachtung des Problemfeldes Freizeit – Tourismus – Dienstleistungen enthalten.

Die neuen Bundesländer sollten künftig voll in den Bericht integriert werden, wobei bei der Darstellung einzelner Sachbereiche auf bestimmte Nuancierungen nicht verzichtet werden solle.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU äußerten die Erwartung, daß die Zukunft des Tourismus durch eine weitere Zunahme der Freizeit und des Verkehrs gekennzeichnet sein werde. Auch der Freizeitverkehr am Wochenende sei oftmals sehr intensiv; die Erholungsgebiete könnten ebenso wie das Straßen-

system die Kurzurlauber manchmal kaum noch aufnehmen. Daher wäre es zu begrüßen, wenn die Situation in den Städten im Hinblick auf Grünflächen und Naherholungsgebiete keinen Grund für einen gesteigerten Wochenendverkehr böten. Man rechne bis zum Jahr 2010 mit einer Zunahme des Pkw-Verkehrs um 50 % und einer Verdoppelung des Frachtverkehrs, so daß hier ein intelligentes Verkehrsmanagement sowie alternative Verkehre erforderlich seien.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sprachen sich für eine neue Strategie zur Verbesserung der Reisedevisenbilanz aus. Wenn auch die veränderten Währungsrelationen das Absinken der Deviseneinnahmen aus dem Tourismus auf derzeit 17 Mrd. DM mitverursacht hätten, so könne dies nicht der einzige Grund dafür sein. Bei der neuen Strategie dürfe es keine Tabus geben; so könne auch darüber nachgedacht werden, die Länder oder die Landesfremdenverkehrsverbände an einer Aufstockung der Mittel der DZT zu beteiligen. Dies sei möglicherweise besser, als wenn einzelne Länder eigene Wege bei der Auslandswerbung gingen. Die Bundesregierung habe hier eine Führungsaufgabe, damit Deutschland nicht in unterschiedlicher Gestalt im Ausland präsentiert werde.

Im übrigen solle die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" künftig verstärkt für Zwecke des Tourismus eingesetzt werden; in diesem Bereich seien noch erhebliche Förderreserven zu verzeichnen.

Die Beschlußempfehlung des Ausschusses fordere die Bundesregierung in 16 einzelnen Punkten auf, dem Tourismus weiterhin hohe Priorität beizumessen. Die Fraktion der CDU/CSU unterstütze die Bundesregierung bestmöglich bei dieser Aufgabe.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD kritisierten, daß der Tourismusbericht zu wenige Perspektiven über die vorgesehenen politischen Maßnahmen zur zukünftigen Entwicklung enthalte. Ferner fehlten im Bericht konkrete Aussagen zu dem Problem, wie Ökologie und Ökonomie in Einklang gebracht werden sollten. Der nächste Tourismusbericht solle hierzu einen Ausblick geben und ferner die Vorstellungen der Bundesregierung zur Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation im Tourismus darlegen.

Im Hinblick auf die angesprochenen Informations- und Reservierungssysteme sei es besonders wichtig, daß die vorgesehene Beteiligung des Bundes nicht zu einer Monopolisierung des Marktes führe.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD sprachen sich ferner dafür aus, künftig Existenzgründungen mit einem besonderen Umweltansatz besonders zu fördern. Ferner sollten Existenzgründungen und Risikokapital künftig besser abgesichert werden.

Nach Auffassung der Mitglieder der Fraktion der SPD solle eine generelle Rentenversicherungspflicht auch für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse eingeführt werden, die im Tourismusbereich eine besondere Rolle spielten.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD betonten, daß der Tourismuswirtschaft von seiten der Politik künftig eine höhere Bedeutung als bisher beizumessen sei. Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft hätten den Vorteil, daß sie nicht ins Ausland verlagert werden könnten. Auch deshalb sei der Tourismus für die deutsche Wirtschaft sehr wichtig und bedürfe stärkerer Förderung.

Angesichts des zu stark gewachsenen Verkehrs im Freizeitbereich seien hier innovative Lösungen erforderlich.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD machten deutlich, daß ein umwelt- und sozialverträglicher Tourismus die Tourismusform der Zukunft sei. Sie kritisierten, daß der Tourismusbericht der Bundesregierung zu dieser Frage nur allgemeine Kenntnisse enthalte. Es fehle eine Darstellung, wo die Bundesregierung im Detail handeln wolle. Der umweltpolitische Ansatz des Berichtes sei mangelhaft; die Absicht der Bundesregierung müsse sich im übrigen auch in den Haushaltsansätzen widerspiegeln. So sei beispielsweise der Bundeswettbewerb für umweltfreundliche Fremdenverkehrsorte ein richtiger Ansatzpunkt; die Gewinner dieses Wettbewerbs vom Staat müßten belohnt werden.

Auch die Mitglieder der Fraktion der SPD vertraten die Auffassung, daß eine Vielfalt der Präsentation Deutschlands im Ausland schädlich sei. In diesem Zusammenhang ergebe sich die Frage, ob die Landesfremdenverkehrsverbände sich noch von der Darstellung Deutschlands im Ausland durch die DZT repräsentiert fühlten.

Ferner waren auch die Mitglieder der Fraktion der SPD der Meinung, daß das Kur- und Bäderwesen der besonderen Aufmerksamkeit der Tourismuspolitik bedürfe. Dies gelte auch im Hinblick auf die von Bundesminister Horst Seehofer geplante dritte Stufe der Gesundheitsreform. Prävention und Rehabilitation seien von besonderer Bedeutung; es gelte, die Willensbildung der Tourismuspolitiker in die kommende Diskussion über die Reformierung des Gesundheitswesens einfließen zu lassen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD wünschten eine umfassendere Darstellung der Probleme des Tagestourismus, der allgemein mit Fragen der Mobilität und der Besucherlenkung zusammenhänge.

Das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte, daß der Tourismusbericht wenig Ausblicke auf die zukünftige Entwicklung des Tourismus gebe. Der Urlaub solle der Regenerierung der Arbeitskraft dienen; die positiven Effekte des Tourismus als Wirtschaftsfaktor seien eine Begleiterscheinung. Viele Tourismusformen, insbesondere im Bereich des Ferntourismus, dienten nicht der Regenerierung der Arbeitskraft.

Menschen, die in Großstädten mit entwerteter Umgebung lebten, müßten zur Regenerierung ihrer Arbeitskraft verreisen. In diesem Zusammenhang fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Einrichtung zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus zu schaffen, die sich auch damit befassen solle, die Umgebung der Städte wieder so wertvoll zu

machen, daß es sich lohne, im Nahbereich den Urlaub zu verleben. Leider sei die Schaffung dieser Einrichtung bisher abgelehnt worden. Sie kritisiere, daß der Bericht den gesamten Bereich des umweltfreundlichen Tourismus nicht hinreichend behandle, zu dem auch die Wiederentdeckung der Nähe gehöre. Ebenso fehle im Bericht eine Darstellung der Bedeutung des Tourismus für die Gesundheit. Sie wünsche, daß der nächste Bericht sich nachhaltiger und intensiver mit dieser Problematik auseinandersetze.

Deutschland befinde sich auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft. Daher sei gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung des Tourismus und der Ökologie miteinander in Einklang zu bringen. Dabei sei es wichtig, den Tourismus zu kanalisieren. 55 % des gesamten Verkehrs auf den Straßen resultierten aus Freizeit und Urlaub. Es müsse eine Verlagerung dieses Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere auf die Schiene, vorgenommen werden; es gehe nämlich nicht darum, die Mobilität zu behindern. Vielmehr solle den Urlaubern geraten werden, wie sie sich besser, umweltfreundlicher und streßfreier bewegen könnten. Die Akzeptanz des jüngsten Wochenendangebotes der Deutschen Bahn AG im Nahverkehrsbereich zeige eindrucksvoll, daß die Menschen bereit seien, sich im Verkehr umzustellen, wenn der Preis stimme. Heute sei es für eine vierköpfige Familie oftmals günstiger, in den Urlaub zu fliegen, als Urlaub in Deutschland mit der Bahn zu machen. Hier müßten entsprechende Perspektiven erarbeitet werden. Dazu müsse der Personalbestand des Tourismusreferats im Bundesministerium für Wirtschaft verstärkt werden.

Zu ihrem Bedauern weigere sich die Bundesregierung, die Mineralölsteuer zu erhöhen und dieses Steuermehraufkommen für die Förderung des schienengebundenen Verkehrs zu verwenden. Die Forderung, den ÖPNV attraktiver zu gestalten, sei nach wie vor nicht erfüllt. Es gelte, die derzeitigen Bedingungen durch fiskalische und ordnungspolitische Maßnahmen zu ändern. Diese Forderung gehe über den Tourismusbereich hinaus und betreffe die Alltagsverkehre in gleicher Weise.

Der Tourismussektor sei einer der ganz wichtigen Wirtschaftsbereiche. Die Bundesregierung berichte über andere Sektoren jährlich dem Deutschen Bundestag; der letzte Tourismusbericht stamme aus 1975. Sie spreche sich für eine künftige Berichterstattung im Zweijahresrhythmus aus.

Der nächste Tourismusbericht solle verstärkt Aussagen über die Koordinierung der Maßnahmen zwischen den einzelnen Ministerien beinhalten. So hätte beispielsweise das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie einen Modellversuch gefördert, wonach arbeitslose Lehrer zu Tourismusassistenten umgeschult worden seien; gleichzeitig habe das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Maßnahmen gefördert, arbeitslose Reisebürofachkräfte zu Ausbildern im technischen und sozialen Bereich umzuschulen.

Der nächste Tourismusbericht solle eine stärkere Aufgliederung der statistischen Informationen nach Städtereisen, Geschäfts- und Kongreßreisen, Kur- und Bäderaufenthalten, Tagesausflügen und Urlaubs- sowie Kurzreisen enthalten. Ferner solle der Bericht darüber informieren, mit welchen Maßnahmen der Tourismus innerhalb von Deutschland gefördert werde und welche Erfolge diese Fördermaßnahmen gehabt hätten. Ebenso müsse der Bericht Zielvorstellungen über die Förderung von umweltschonenden Reisemöglichkeiten enthalten. Hier seien präzise Aussagen über die entsprechenden Maßnahmen erforderlich, um eine Erfolgskontrolle vornehmen zu können.

Dazu müßten im übrigen die Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln im Hinblick auf einen umwelt- und sozialverträglichen Tourismus überarbeitet werden. Ferner müsse der nächste Bericht eingehend über Berufschancen und Arbeitsplatzmöglichkeiten im Tourismus informieren. In diesem Bereich müßten neue Berufsbilder geschaffen werden. So versuchten beispielsweise die Kur- und Tourismusfachleute seit längerem, ein Berufsbild festschreiben zu lassen und entsprechende Einstufungen in Anlehnung an den Bundesangestelltentarif durchzusetzen. Ebenso bemühten sich auch die Gästeführerinnen und Gästeführer, ihr Berufsbild festzuschreiben; ebenso hätten sich die Ranger in den Nationalparks für ein eigenes Berufsbild ausgesprochen.

Ferner müsse der neue Bericht auch über die Instrumente informieren, mit denen grundsätzlich die Umweltbelastungen abgebaut werden sollten. Dies gelte beispielsweise für die Belastungen, die durch das Verbrennen von Flugbenzin entstünden, und für Ozon. Hierzu gehöre auch die Darstellung der Ergebnisse einer Energiesteuer für die Umwelt. Im übrigen spreche sie sich für eine ökologische Steuerreform aus, bei der nicht mehr der größte Teil des Steueraufkommens über die arbeitende Bevölkerung erhoben werde. Hier gebe es Ansatzpunkte, den Faktor Arbeit zu verbilligen und durch Senkung der Lohnnebenkosten sowie entsprechender Steuern den Dienstleistungsbereich zu entlasten, ohne hier Sonderregelungen einführen zu müssen.

Das Mitglied der Fraktion der F.D.P. verwies darauf, daß der vorliegende Tourismusbericht den ersten Bericht der Bundesregierung von 1975 fortführe. Bisher seien Ergänzungen zu den verschiedensten Bereichen wie beispielsweise Europa, zum Hotel- und Gaststättensektor als dem Träger des Fremdenverkehrs sowie zu den neuen Bundesländern vorgelegt worden.

Angesichts der Personalausstattung des für den Bericht federführenden Referats im Bundesministerium für Wirtschaft sei es nicht möglich, den Bericht in zu kurzen Abständen vorzulegen. Der Ausschuß solle darauf drängen, die personelle Ausstattung des Tourismusreferats zu verstärken.

Aufgabe der Politik sei es, Rahmenbedingungen für den Tourismussektor zu setzen. Dabei sei die Vorgabe von Zielen und deren Erfolgskontrolle schwierig. Die Wirtschaft lasse sich kaum ihre Ziele vorschreiben; mit der Setzung bestimmter Rahmenbedingungen könnten jedoch gewünschte Veränderungen bewirkt werden.

Der vorliegende Bericht stelle die Entwicklung des Tourismus in den neuen Bundesländern relativ ausführlich dar. Künftig solle eine Unterscheidung zwischen alten und neuen Bundesländern nicht mehr erfolgen; Deutschland solle vielmehr insgesamt betrachtet werden. Zwischenzeitlich sei Deutschland zusammengewachsen; gerade der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus habe in der vergangenen Wahlperiode seine Hauptaufgabe darin gesehen, das Zusammenwachsen von Deutschland im Bereich des Tourismus zu fördern.

Die Fraktion der F.D.P. bedauere, daß der Komplex der Förderung des Tourismus in den osteuropäischen Ländern nicht ausführlicher dargelegt worden sei, weil die entsprechende Akzeptanz auf der anderen Seite hinsichtlich der Ausbildungs- und Beratungsprogramme wenig ausgeprägt gewesen sei. Sie begrüße ausdrücklich die Bereitschaft der Bundesregierung, in diesem Bereich zu helfen; dabei solle die Bundesregierung nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten und keine neuen Dauersubventionstatbestände schaffen.

Die Rahmenbedingungen im Hochlohnland Deutschland sollten künftig so gesetzt werden, daß Dienstleistungen auch weiterhin möglich seien. Im Dienstleistungsbereich könne nicht in gleichem Maße wie beispielsweise bei der Stahl- und Automobilherstellung rationalisiert werden. Auch künftig gelte es, die Arbeitsplatzchancen im Dienstleistungsbereich zu wahren. Hier seien neue Lösungen erforderlich, die beispielsweise den Dienstleistungsbereich anders als den Bereich der Fertigungswirtschaft behandelten.

Der Ausschuß erörterte eingehend Fragen der Ausbildung im Tourismussektor. Dabei sprachen sich die Mitglieder der Fraktion der SPD dafür aus, verstärkt auf die Einhaltung der Ausbildungsrichtlinien hinzuwirken. Das Schwarzbuch der NGG zeige, daß diese Richtlinien nicht immer eingehalten würden. Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. erklärten, ihnen sei in Gesprächen mit den entsprechenden Verbänden vermittelt worden, daß die Einhaltung der Richtlinien in der Praxis keine Probleme bereite.

Ferner erörterte der Ausschuß die Situation des Urlaubsverkehrs mit der Bahn. Es bestand Einvernehmen, daß hier deutliche Verbesserungen notwendig seien, um die Urlaubsreise mit der Bahn attraktiver zu gestalten. Derzeit gebe es noch erhebliche Mängel, zu denen auch Probleme bei der Gepäckbeförderung gehörten.

Bonn, den 29. Mai 1995

Klaus Brähmig	**Susanne Kastner**	**Halo Saibold**	**Dr. Olaf Feldmann**
Berichterstatter	Berichterstatterinnen		Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333